

Deutsche Mühen mit der Rente

Drohende Rentenkürzungen und Beitragserhöhungen

pra. Berlin, 19. August

In Deutschland ist eine öffentliche Debatte über die notwendige Reform der gesetzlichen Rentenversicherung entbrannt. Auslöser waren Aussagen der von der Regierung unter dem Vorsitz des Wirtschaftsprofessors Bert Rürup eingesetzten Reformkommission, welche wie üblich bei solchen Gremien den Weg in die Blätter noch vor der auf Ende August angesetzten Veröffentlichung der Ergebnisse gefunden haben. Darin wird zwar kaum Neues wiedergegeben, aber es genügt offenbar, um die Bevölkerung in ihrer berechtigten Sorge um die künftigen Renteneinkommen weiter zu verunsichern.

Notwendige Erhöhung des Rentenalters

Die Rürup-Kommission kommt zu dem in Eckpunkten schon im April erklärten und von den meisten Experten geteilten Schluss, dass die im Umlageverfahren finanzierte gesetzliche Rentenversicherung wegen der bevorstehenden demographischen Verschiebungen nur überleben kann, wenn die Beiträge langfristig erhöht werden und das relative Rentenniveau reduziert wird. Durch einen Mix von Massnahmen soll der paritätisch von Arbeitnehmern und Arbeitgebern getragene Beitragssatz von derzeit 19,5% bis im Jahr 2030 auf nicht mehr als 22% steigen. Dieses ehrgeizige Ziel liegt weit unter den Prognosen anderer Wissenschaftler, die unter der Annahme einer Fortführung des Status quo einen Beitragssatz von 26% bis 27% voraussagen. Die Rürup-Kommission schlägt deshalb gemäss den Medienberichten vor, zusätzlich das gesetzliche Rentenalter von 2011 bis 2034 schrittweise von 65 Jahren auf 67 Jahre zu erhöhen und die Renten durch die Einführung eines demographischen Faktors um bis zu 0,5% pro Jahr langsamer wachsen zu lassen. Damit würde jedoch die gesetzliche Rente im Jahre 2030 lediglich noch ein Niveau von 40% der Bruttoeinkommen erreichen, nach 48% heute. Das wirft die Frage auf, ob sie noch viel mehr als eine blosse Grundsicherung sein wird. Der SPD-Fraktions-Vorsitzende Franz Müntefering beschwichtigte die Gemüter allerdings bereits, die Vorschläge der Kommission würden nicht eins zu eins übernommen.

Ob die Rentenversicherung ihre zentrale Rolle bei den Alterseinkommen langfristig halten kann, ist in der Tat fraglich. Während heute auf 100 Menschen im Erwerbsalter 28 mindestens 65-Jährige kommen, wird der Quotient laut den neuesten Vorausberechnungen des Statistischen Bundesamts bis 2030 auf 47 und bis 2050 auf 55 steigen. Da das effektive Rentenalter in Deutschland wegen der häufigen Frühpensionierung jedoch bei etwa 60 Jahren liegt, wirkt sich die Entwicklung noch viel drastischer aus. Nach einem Verhältnis von 44 über 59-Jährigen auf 100 Erwerbstätige im Jahre 2001 wird der Anteil bis 2030 auf 71 und bis 2050 auf 78 steigen. Dass bei diesen drastischen Verschiebungen der Altersstruktur die

umlagefinanzierte Rentenversicherung an ihre Grenzen gelangt, liegt auf der Hand. Das Problem stellt sich in Deutschland mit besonderer Schärfe, weil sich hier die Alterseinkommen in hohem Masse auf die gesetzliche Rentenversicherung stützen. Während die Renten für 78% der Alterseinkommen sorgen, stammen nur etwa 12% aus Vermögenserträgen und weiteren Quellen. Allein die von Rürup vorgeschlagene Erhöhung des Rentenalters auf 67 Jahre würde zu einer spürbaren Entlastung führen; der Anstieg des Quotienten von Rentnern zu Erwerbstätigen liesse sich damit bis 2030 auf 39 und bis 2050 auf 47 begrenzen. Gewerkschafter mahnen jedoch nicht zu Unrecht an, zunächst sollte sich einmal das effektive durchschnittliche Rentenalter den gesetzlichen 65 Jahren annähern. Dabei stellt sich die Frage, woher überhaupt bei 4,4 Mio. Arbeitslosen die zusätzlichen Stellen für ältere Arbeitnehmer kommen sollen.

Enttäuschende Riester-Renten

Die einseitige Abstützung auf die wankende Säule der umlagefinanzierten Rentenversicherung soll mit der letzten, im Jahre 2001 unter dem damaligen Sozialminister Riester beschlossenen und Anfang 2002 in Kraft getretenen Rentenreform allmählich abgeschwächt werden, indem die private und die betriebliche Vorsorge gefördert werden. Die Förderung der sogenannten Riester-Rente als individuelle Form der Vorsorge ist jedoch eher bescheiden und wurde dermassen bürokratisch ausgestaltet, dass sie auf wenig Anklang stösst. Laut Schätzungen des Deutschen Instituts für Altersvorsorge wurden bis Ende 2002 3 Mio. Versicherungsverträge abgeschlossen, was weit unter den Erwartungen liegt. Auch im laufenden Jahr denken laut Umfragen des Instituts vier Fünftel der Bevölkerung nicht daran, eine private oder betriebliche Vorsorge einzurichten; bis zur Jahresmitte wurden gar 100 000 mehr private Riester-Verträge gekündigt als neue eingegangen. Besser sieht die Situation bei der ebenfalls mit der Riester-Reform geförderten betrieblichen Altersvorsorge aus, die gemäss Angaben aus der Versicherungswirtschaft Ende 2002 2 Mio. Verträge zählte und höhere Wachstumsraten ausweist. Dennoch wird selbst in Regierungskreisen eingestanden, dass die Riester-Rente enttäuscht hat und von bürokratischen Hürden befreit werden muss.

Umstrittene Sofortmassnahmen

Obwohl die langfristige Sicherung der Altersvorsorge strukturelle Eingriffe erfordert, fokussieren die Politiker ihr Augenmerk eher auf kurzfristige Erfolge. Die Regierung hat sich angesichts der Misere am Arbeitsmarkt zum Ziel gesetzt, die Lohnnebenkosten auf keinen Fall ansteigen zu lassen. Dazu wird es jedoch schon im nächsten Jahr kommen, wenn die Rentenversicherung nicht durch Sofortmassnahmen entlastet wird. Da Finanzminister Hans Eichel eine weitere Erhöhung des Bundeszuschusses an die Rentenversicherung, der heute bereits mit 73 Mrd. € rund 30% des Bundeshaushalts ausmacht, ausgeschlossen und in seinem Haushaltentwurf 2004 gar eine Reduktion von 2 Mrd. € eingeplant hat, müsste der Beitragssatz gemäss Expertenschätzungen im nächsten Jahr auf mindestens 19,9% steigen, damit die Renten finanziert werden können. Diesen gut sichtbaren Misserfolg möchte die Regierung jedoch unbedingt vermeiden. Mit welchen Massnahmen der Rentensatz bei 19,5% gehalten werden soll, ist allerdings offen; Sozialministerin Ulla Schmidt will sich über die notwendigen Einsparungen von bis zu 6 Mrd. € erst im Herbst äussern. Immer wieder ist aus Regierungskreisen von einer bevorstehenden Nullrunde für die Rentner die Rede, ebenso häufig wird entsprechenden Meldungen aber auch widersprochen.